

Positionsgerangel auf der Moskauer Bühne

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1997). *Positionsgerangel auf der Moskauer Bühne*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 5/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46752>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Positionengerangel auf der Moskauer Bühne

Zusammenfassung

Schienen mit der Wahl B. Jelzins und später mit der Entlassung A. Lebeds wieder "normale Verhältnisse" auf dem russischen Olymp eingekehrt zu sein, so mußten die Beobachter auch in den folgenden Monaten einen raschen, oft sehr spannenden und dramatischen Szenenwechsel beobachten – und dies gleichzeitig auf mehreren Bühnen. Wer sind die Helden und die Bösewichte, wer Regisseure und "Kulissenschieber" – und schließlich: wer bezahlt das ganze Spektakel? Das vom Publikum Wahrnehmbare ist nicht einfach eine Illusion, sondern vielmehr das Produkt mehrerer Regisseure, die den Zuschauer für oder gegen bestimmte Darsteller positionieren möchten ("Erklärung des Journalistenverbandes"). Die Massen-Kulissen sind in einer erbärmlichen, aber objektiv kaum zu ändernden Verfassung. Sowohl die offiziellen, bislang jederzeit absetzbaren Adjutanten des Präsidenten (sein "Kommissar" A. Tschubajs und Premier W. Tschernomyrdin) als auch andere Kandidaten um seine Nachfolge (der Vorsitzender des Föderationsrates Je. Strojew, der Moskauer Bürgermeister Ju. Lushkow und KP-Chef G. Sjuganow) versuchen durch Aktivitäten, Intrigen und publikumswirksame Vorschläge ihre Positionen im permanenten Macht- und bevorstehenden Wahlkampf zu verbessern. Trotzdem eint diesen Personenkreis das Bekenntnis zum Präsidialsystem, er betrachtet seine Gegner (vor allem A. Lebed) als "Outsider", die sich nicht an bestimmte Spielregeln halten wollen. Für einige Regisseure ist offenbar ein letzter Rettungsanker sogar die – partielle – Restituierung der Romanow-Monarchie. Als "Finanziers" der gesamten Veranstaltung sind neben dem Staatsbudget verschiedene Interessengruppen auszumachen, bei denen es sich weniger um die "Finanz-Industrie-Gruppen" als vielmehr um die Nachfolger der früheren Staatsmonopolisten handelt. Authentisches Privatkapital russischer Unternehmer und Bankiers spielt in diesem Zusammenhang bislang offenbar keine nennenswerte Rolle.

Skizzierung der Szenerie

Zwei zentrale Themen der russischen und ausländischen Berichterstattung über die Lage in Rußland sind die Herausbildung einer neuen "Oligarchie", deren Politik weitgehend von "Finanzgruppen" bestimmt wird, und immer noch zunehmende Krisenerscheinungen in nahezu allen Gebieten der sozio-ökonomischen, der politischen und vor allem auch der militärischen Sphäre. Offenbar sind die meisten politisch interessierten Russen seit längerem außerordentlich verunsichert – oft widersprüchliche Informationen in den Massenmedien und der "Krieg der Kompromate", des gezielten Einsatzes kompromittierender Materialien, in den nahezu alle führenden Politiker einbezogen sind, schließen eine

einigermaßen objektive Bewertung zentraler Entwicklungen im Prinzip aus. In einer "Erklärung des Journalistenverbandes Rußlands" wurde kürzlich auf den Mißbrauch von Journalisten hingewiesen - sie erhielten meist nur ausgewähltes Material, während die "Bewertungen und Schlußfolgerungen von denen vorbestimmt sind, die seine Entwendung organisieren und die Skandale dirigieren". Die im Verband organisierten Journalisten wollten aber nicht "Spielzeug in fremden Händen" sein, zumal für sie die Medien noch "eines der wenigen funktionierenden demokratischen Institute" seien. Von Regierung und Administration des Präsidenten wird die Aufklärung der von Massenmedien präsentierten "Fakten" verlangt – Fälschungen und Verleumdungen sollten als solche bezeichnet und überführte "Diebe und bestochene Beamte" beim Namen genannten werden.¹ Als Rückgrat der neuen Oligarchie werden seit Frühjahr 1995 die Chefs der größten Banken hingestellt, die sich seit diesem Zeitpunkt wiederholt um größeren Einfluß auf die Politik bemüht haben. Ein Jahr später wurde dann sogar von einer "7er Gruppe der Bankiers" – mit dem russischen Schlagwort der "Semibankirschtschina" – gesprochen, die die Fäden der Politik weitgehend in der Hand hätte. Als aber Anfang 1997 der "Spiegel" ein Mitglied dieser Gruppe nach dem Wahrheitsgehalt dieser Einschätzung fragte, antwortete dieser: "Mein Gefühl sagt mir, ich habe gar keinen Einfluß. Alles läuft genau anders, als ich es möchte." Und hinsichtlich möglicher Ursachen dieser für ihn unerfreulichen Entwicklungen meinte er: "Ich habe erst jetzt verstanden, wie weit Kriminalität und Kriminelle in den Kreml eingedrungen waren."² Freilich wird nicht nur die organisierte Kriminalität bzw. ihre Zusammenarbeit mit korrupten Politikern als Verursacher bestimmter Entwicklungen auf der Moskauer Bühne gesehen. Manche Analytiker vermuten ein oder mehrere "Zentren", die mit bestimmten "Strukturen" aus sowjetischer Zeit zu tun haben, insbesondere Geheimdienst- oder Militärkreise.

Informationen über die Lage auf sozioökonomischem und ökologischem Gebiet sowie bei den Streitkräften lassen kaum einen Zweifel daran, daß sich krisenhafte Entwicklungen weiter verstärken. Ein "objektives" Bild läßt sich nicht vermitteln, da dafür das methodologisch-statistische Instrumentarium fehlt. Bestimmte Negativinformationen werden oft auch für den innenpolitischen Machtkampf oder mit der Absicht instrumentalisiert, politische Entscheidungen im Ausland (nicht zuletzt von Finanzinstituten) zu beeinflussen. So behauptet das "Patriotische Informationsbüro": "Das Regime organisiert jetzt einen gesamtrossischen Hunger und zielt auf den beständigen jährlichen Rückgang der russischen Bevölkerung um 1,5 Millionen Menschen ab." Ihrer Empörung über das Ausbleiben großzügiger westlicher Hilfen verleihen zwei Mitarbeiter der Zeitung der russischen Geschäftswelt "Wek" wie folgt Ausdruck: "Offenbar ist der Zerfall der Sowjetunion, der Weggang Rußlands aus seinen 'Einflußzonen', das Scheitern der liberalen Reformen und die tiefe Krise der Wirtschaft vom Standpunkt unserer westlichen 'Partner' immer noch nicht ausreichend."³ Einen sinnvollen Zugang zu dieser Problematik ermöglichen Ausführungen eines Mitarbeiters des Instituts für ökonomische Probleme der Übergangsperiode. Er stellt vier Probleme in den Vordergrund:

- Seit 1993 sind die Ausgaben des Staates für die gesamte soziokulturelle Sphäre um 40 Prozent zurückgegangen. Auch in den nächsten Jahren können nicht so viele Mittel bereitgestellt werden, wie dies in sowjetischer Zeit der Fall war. Deshalb müssen staatliche Aufgaben auf den Gebieten des Gesundheitswesens, der Volksbildung und der Kultur überprüft werden und sollen nur noch bedürftige Bevölkerungsgruppen in den Genuß bezuschußter Leistungen kommen.
- Infolge der reduzierten Budgetierung dieser Bereiche und fehlender Kontrolle hat sich das System "schwarzer Preise" für entsprechende Dienstleistungen weiter entwickelt. Sie müssen legalisiert werden, wobei eine ausreichende Minimalversorgung aller Gruppen gesichert werden muß.
- Wie in der Vergangenheit werden Beschlüsse über die Verwendung von Budgetmitteln für die genannten Bereiche "hinter geschlossenen Türen" gefaßt, wobei man sich an den früheren Proportio-

¹ Rossijskaja gazeta 7.2.1997.

² Der Spiegel Nr. 6/1997, S. 139-141.

³ Für das "Informationsbüro": V. Čikin, A. Prochanov, to – genocid! In: Veteran Nr. 5/1997, S. 5; V. Prochvatilov, O. Soloduchin, Zaganica nam ne pomožet, in: Vek Nr. 2/1997.

nen orientiert. Eine Effizienzprüfung der Mittelverwendung erfolgt ebensowenig wie eine Kontrolle durch staatliche Einrichtungen oder die Öffentlichkeit.

- Es fehlt eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen föderalen, regionalen und örtlichen Organen hinsichtlich der Bereitstellung und Nutzung von Budgetmitteln für die genannten Bereiche.⁴

Aktivitäten Jelzins und seiner Administration

Es steht außer Frage, daß Präsident Jelzin im ersten Halbjahr 1996 sowohl im Wahlkampf als auch bei der Gestaltung der oberen Machtetage die entscheidende Rolle gespielt hat. Im Interesse der Sicherung seiner Position mußte er sich um ein Gleichgewicht zwischen den drei offiziellen Macht- und Entscheidungszentren bemühen: seiner Administration, der Regierung und dem Sicherheitsrat.⁵ Die in diesem Kontext durchgeführten Maßnahmen haben freilich zu einer eindeutigen Stärkung der Administration und ihres Chefs A. Tschubajs geführt; während Jelzins Krankheit wurde er "faktisch der Kommissar..., der Bewahrer und Garant des historischen Sinns und der Funktionen des bestehenden Regimes." Als sich bei dem bald schon beginnenden Kampf um die Jelzin-Nachfolge General Lebed besonders hervortat, haben sich alle anderen Kandidaten um seine Diskreditierung bemüht – es kam zu einer regelrechten "Einheitsfront" der Führer der "Partei der Macht" und der Opposition gegen Lebed. Nach der als Konsequenz des Machtkampfes zwischen Innenminister A. Kulikow und Lebed erfolgten Entlassung des Generals kam es zunächst zur Bildung eines "Duumvirats": "Der Staat ging faktisch in die gemeinsame Verwaltung von W. Tschernomyrdin und A. Tschubajs über, unter Beteiligung der Präsidententochter T. Djatschenko als Symbol der Legitimität dieses Duumvirats." Durch die Ernennung des ihm gegenüber loyalen I. Rybkin zum Sekretär des Sicherheitsrats und dessen Reorganisation wollte Jelzin zum einen einen gewissen Ausgleich zwischen den beiden Rivalen Tschernomyrdin und Tschubajs und zum anderen eine effektive dritte Machtsäule schaffen. Die Einrichtung eines aus vier Personen bestehenden Konsultativrates war ein geschickter Schachzug Jelzins, da er dadurch das "Management" beider Kammern des Parlaments und die gemäßigte kommunistische Opposition tendenziell für sich gewinnen konnte. Eine Reihe weiterer Maßnahmen habe primär zu einer weiteren Festigung der Position von A. Tschubajs geführt:

- die Einsetzung einer "Provisorischen Außerordentlichen Kommission" beim Präsidenten, wodurch ihr Apparat faktisch Tschubajs unterstellt worden ist (vom Kabinett wurde nur der "Finanzblock" mit Potanin, Liwschitz, Jasin und Dubinin einbezogen, so daß der Branchen-Lobbyist Tschernomyrdin als formaler Vorsitzender der Kommission in einer geschwächten Position ist);
- mit dem Ukas Jelzins "Über Maßnahmen zur Vervollkommnung der Organisation der Kontrolle und der Überprüfung der Durchführung von Anordnungen des Präsidenten" wurden die Vollmachten der Administration hinsichtlich der Beamten auf allen Ebenen deutlich erweitert;
- die per Ukas eingerichtete "Staatliche Militärinspektion des Präsidenten" ist eine selbständige Unterabteilung der Administration; Tschubajs kann dadurch auf alle etwa 25 Behörden einwirken, in denen Militärangehörige beschäftigt werden.

Es sollte nicht übersehen werden, daß es sich bei der "Provisorischen Außerordentlichen Kommission" um eine "ungesetzliche, alternative" Einrichtung zur Rechnungskammer handelt, wie deren stellvertretender Vorsitzender Ju. Boldyrjew klargestellt hat. Obwohl die Rechnungskammer nur unzureichend finanziert werde und oft keine angeforderten Auskünfte erhalte, hätten bisher weder Jelzin noch Tschernomyrdin dafür jemals einen Minister zur Verantwortung gezogen. Als noch ernsteres Problem führt Boldyrjew die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber dieser Problematik an – sie habe sich an die Korruption gewöhnt.⁶

⁴ S. Šiškin, konomiko-političeskaja situacija v Rossii. Social'no-kul'turnaja sfera, in: Otkrytaja politika Nr. 11-12/1996, S. 27f.

⁵ Die folgenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf eine Ausarbeitung von vier Mitarbeitern des Analyse-Zentrums der Zeitschrift "Vlast": Vtoroe prezidentstvo Borisa El'cina: drama v načale, in: Vlast' Nr. 12/1996, S. 65-79.

⁶ Novaja gazeta Nr. 39/1996.

Im Zusammenhang mit den politischen Planungen der Jelzin-Mannschaft muß auch auf Gerüchte über eine zu erwartende "Aufwertung" der kaiserlichen Familie eingegangen werden. Viele gehen davon aus, daß Jelzin als "strategische Idee" seiner zweiten Amtszeit die Einigung der Nation voranbringen möchte – der im Sommer 1996 ausgeschriebene Wettbewerb um die beste "nationale Idee" und der Ukas "Über den Tag der Verständigung und der Aussöhnung", durch den dem bisherigen Feiertag der Oktoberrevolution ein neuer Inhalt gegeben werden soll, sind Bestandteile eines solchen Konzepts. Im Falle einer etwaigen Amtsunfähigkeit Jelzins könnte geplant sein, sein "politisches Testament" zu veröffentlichen, in dem im Interesse des Fortbestands Rußlands ein Referendum über die Einführung der konstitutionellen Monarchie in Rußland vorgeschlagen werden könnte. Solche Überlegungen sollen vor allem damit zusammenhängen, daß weder Tschernomyrdin noch Tschubajns Chancen auf einen Sieg bei etwaigen Präsidentschaftswahlen eingeräumt werden, daß man aber die aussichtsreichsten Kandidaten Luschkow, Lebed und Sjuganow auf keinen Fall akzeptieren wolle. Von diesen drei Kandidaten fürchte die Tschubajns-Mannschaft vor allem den Moskauer Bürgermeister, der durchaus westliches Kapital und Investitionen nach Rußland bringen könnte und von der Administration unabhängig sei.⁷

Versuche zur Stärkung Tschernomyrdins

Ab Mitte 1996 ist es zu umfangreichen Veränderungen im Regierungsapparat gekommen. Durch drei Ende 1996 erlassene Verordnungen der Regierung dürfte Tschernomyrdin versucht haben, seine Position im Moskauer Machtkampf zu verbessern:

- Die Verordnung "Über die Koordinations- und Konsultativorgane, die von der Regierung gebildet worden sind" (10.11.1996) weist den stellvertretenden Ministerpräsidenten (A. Bolschakow, W. Iljuschin, W. Potanin, W. Ignatenko, A. Liwschitz, O. Lobow und W. Serow) eine bestimmte Anzahl von Organen zu. Festzuhalten ist, daß der vom entlassenen Stellvertreter und lange als Nachfolger gehandelten O. Soskowetz gegründete "Rat für Industriepolitik und Unternehmertum" aufgelöst wurde; das Industrieministerium und das Staatskomitee für Kleinunternehmertum wurden angewiesen, die Gründung entsprechender "interbehördlicher Räte für Industriepolitik und Unternehmertum" ins Auge zu fassen.⁸
- In Ausführung des Ukas Jelzins vom August 1996, der die Zusammenfassung von fünf Branchenkomitees zu einem Industrieministerium angeordnet hatte, wurde per Regierungsverordnung ein Statut über die Kompetenzen dieses Ministeriums in Kraft gesetzt (18.12.1996). Daraus geht hervor, daß dieses Ministerium mit der "staatlichen Regulierung der Schaffung, des Funktionierens und der Liquidierung von Finanz-Industrie-Gruppen" beauftragt wird.⁹
- Durch die Verordnung "Über die Vervollkommnung des Zusammenwirkens zwischen der Regierung und den Kammern des Föderationsrates" (21.12.1996) wurden "bevollmächtigte Vertreter der Regierung" in beiden Kammern des Parlaments sowie spezielle Staatssekretäre der einzelnen Minister für die Zusammenarbeit mit dem Parlament eingeführt. Bemerkenswerterweise werden die bevollmächtigten Vertreter auch aufgefordert, im Zusammenhang mit Gesetzesprojekten sowohl mit bevollmächtigten Vertretern des Präsidenten in beiden Kammern als auch mit den entsprechenden Abteilungen der Administration des Präsidenten und mit den Leitern der föderalen Organe der Staatsmacht zusammenzuarbeiten.¹⁰ Diesen Neuerungen dürfte die Intention zugrundeliegen, Positionen und Interessen des "Tschernomyrdin-Lagers" sowohl bei der Legislative als auch bei der Präsidentenadministration stärker als bisher vertreten zu lassen.

⁷ A. Kločkov, V. Gorjunov, Monarchija – mat' porjadka? In: Vek Nr. 1/1997, S. 4; Boris za carja, in: Ogonek Nr. 2/1997, S. 14f.

⁸ Kommersant Nr. 44/1996, S. 58-60.

⁹ A. Lin'kov, Vmesto pjati komitetov – odno ministerstvo, in: Rossijskaja gazeta 14.1.1997, S. 4.

¹⁰ Rossijskaja gazeta 9.1.1997, S. 5.

Während seit Annahme der jetzigen Verfassung (Dezember 1993) die Prinzipien der Tätigkeit des Kabinetts durch Ukase Jelzins geregelt worden sind, ist das im November 1996 von der Duma mit großer Mehrheit angenommene Gesetzvorhaben "Über die Regierung der Russischen Föderation" ein erster Versuch, dem Präsidenten in zentralen Fragen der Regierungsarbeit eine passive Rolle zuzuweisen. Konnte die Zurückhaltung der Regierung während der Ausarbeitung des Gesetzes als Zustimmung zu den geplanten Novellierungen gewertet werden, haben die Administration des Präsidenten und sein Vertreter in der Duma wiederholt Kritik geäußert. Nach der beschlossenen Formulierung setzt die Entlassung des Ministerpräsidenten die Zustimmung der Duma voraus und müssen alle Mitglieder der Regierung nach Aufforderung vor beiden Kammern des Parlaments Rechenschaft ablegen. Für die Zusammenarbeit mit der Administration des Präsidenten soll der Apparat der Regierung zuständig sein, wie dies auch in der oben genannten Regierungsverordnung vorgesehen ist. In eine ähnliche Richtung zielen die Vorschläge Je. Strojews, des Vorsitzenden des Föderationsrates, die auf eine Korrektur der Verfassung hinauslaufen. Die Rolle beider Kammern des Parlaments bei der Kabinettsbildung soll verstärkt, ihre Kontrollfunktionen sollen erweitert werden; ein neuer "Staatsrat" oder "Koordinierungsrat" soll eine Plattform für alle Interessengruppen, aber auch für unabhängige Experten sein.¹¹

Infragestellung der Monopolisten und der Finanz-Industrie-Gruppen (FIG)

Es ist ein Novum für das postsowjetische Rußland, daß sich seit März 1995 immer wieder Gruppen von Bankiers und Unternehmern öffentlich zu zentralen politischen und ökonomischen Fragen melden. Dabei werden auch durchaus gegensätzliche Positionen vertreten, mitunter auch die Koalitionen gewechselt. Beispielsweise waren von den acht Persönlichkeiten, die sich im März 1995 zu Wort gemeldet hatten ("Wosmjorka"), im Jahr darauf nur noch drei Mitglieder der "Semibankirschtschina", deren Mitglieder Anfang 1996 auf dem Treffen in Davos die Weichen für die Wiederwahl Jelzins gestellt haben sollen (B. Beresowskij, M. Chodorkowskij und A. Smolenskij). Im Frühjahr 1996 stellte die amerikanische "Business week" die sechs führenden finanz-industriellen Konglomerate vor (von insgesamt 32) – personifiziert einmal durch W. Potanin, M. Chodorkowskij, M. Fridman und W. Gusinskij, zum anderen erschienen als zwei große Konglomerate die "vom Kreml gegründete" Gruppe "Rossijskaja metallurgija" und eine Gruppe aus den Betrieben "Gasprom" und "Lukoil" sowie der Bank "Imperial".¹² Vergleicht man diese Auflistung mit dem offiziellen Register "Beteiligung von Banken an Finanz-Industrie-Gruppen", so sind dort nur die Banken "ONEKSIMbank" und "Menatep" berücksichtigt. Es muß also immer konkretisiert werden, mit welcher Art von "Finanzgruppe" man es zu tun hat. Zu unterscheiden ist einmal zwischen den knapp 40 FIG, die entsprechend dem Gesetz über diese Gruppen (30.11.1995) im "Staatlichen Register der FIG" erfaßt sind, und etwa 150 "Vereinigungen von wirtschaftlichen Einheiten", die sich nach formalen Kriterien um den Status von FIG bemühen könnten.¹³

Ende 1996 eskalierte die Auseinandersetzung um den Status der FIG und Korporationen. Nachdem Präsident Jelzin eine Reihe von Ukasen unterschrieben hatte, die auf ihre weitere Stärkung hinausliefen, kündigten der Vorsitzende der "Staatlichen Vermögenskommission" (GKI) A. Koch und der Gouverneur des Gebiets Nishni Nowgorod, B. Nemzow, eine Überprüfung dieser Gruppen an mit dem Ziel einer "Veränderung oder Abschaffung des Gesetzes über die FIG". Vermutlich ging es den beiden Politikern

¹¹ D. Gal'perovič, Duma ne vydast – prezident ne uvolit, in: Moskovskie novosti Nr. 47/1996; A. Kostjukov, Popravka Stroe-va, in: Obščaja gazeta Nr. 2/1997, S. 8.

¹² Referierung des Artikels der "Business week", in: Argumenty i fakty Nr. 18/1996, S. 5.

¹³ A. Radygin, konomiko-političeskaja situacija v Rossii. O razvitii finansovo-promyšlennyh grupp v Rossii, in: Otkrytaja politika Nr. 11-12/1996, S. 29-31.

weniger um diese Gruppen, als vielmehr um die größeren "Korporationen". Dafür spricht, daß die "Staatliche Vermögenskommission" das Russische Privatisierungszentrum beauftragte, eine Ausschreibung zur Evaluierung von 16 Großbetrieben durchzuführen, bei denen der Staat über Aktien-Kontrollpakete verfügt.¹⁴ Finanz- und Wirtschaftsministerium als Empfänger der von der Europäischen Bank für Entwicklung und Rekonstruktion für diese Überprüfung bereitgestellten Mittel hatten allerdings bis Ende 1996 noch nicht entschieden, ob die Mittel für diesen Zweck verwendet werden sollten.

Es dürfte kein Zufall sein, daß sich zum gleichen Zeitpunkt ein "Konsortium" von Banken und Monopolbetrieben mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit wandte, 60 Mrd. Dollar in die Wirtschaft zu investieren. Dazu gehörten auch die von einer Evaluierung bedrohten "Gasprom", "Lukoil" und die AG "Einheitliches Energiesystem". Nachdem eine größere Anzahl von Politikern und Unternehmern im Mai 1996 in Jekaterinburg eine neue gesellschaftliche Vereinigung "Bewegung für den sozio-ökonomischen Fortschritt Rußlands" aus der Taufe gehoben hatten, fand ebenda im November die erste Sitzung ihres Leitungsorgans, eines "Nationalen Wirtschaftsrates", statt. Zu dieser Gruppe gehören sowohl der Gaspromchef R. Wjachirew und der Chef der "Inkombank", W. Winogradow, die beide dem Konsortium vom Dezember 1996 angehören, als auch der bereits erwähnte B. Nemzow und der stellvertretende Duma-Vorsitzende M. Jurjew, die beide wohl als "antimonopolistisch" einzuschätzen sind. Zusammensetzung und Zielsetzung dieser Initiative, die als Versuch einer "Aussöhnung" zwischen Moskau und regionalen Führungseliten zu betrachten ist, sind auch als Hinweis auf eine letztlich gemeinsame Interessenlage dieser Elitenspezies zu werten.¹⁵

Überlegungen zur weiteren Entwicklung

Aus den Erfahrungen des Wahlkampfes 1996 und den in den folgenden Monaten von Präsident Jelzin vorgenommenen Personalentscheidungen muß die Lehre gezogen werden, daß in der gegenwärtigen Situation Rußlands weder eine Position im Staatsapparat noch das Rating eines Politikers Rückschlüsse auf seine realen Wahlchancen erlauben. Das "Einkaufen" Lebeds durch die Tschubajts-Gruppe, die bislang unbekannte Höhe und der ungeklärte Einsatz von Wahlkampfmitteln sowie die inszenierten Intrigen zwischen Lebed und Korschakow und zwischen Kulikow und Lebed verdeutlichen, welche erstaunlichen Szenarien möglich sind. Oft wird nicht eindeutig zu klären sein, welche finanziellen, politischen und ökonomischen Interessengruppen auf welche Kandidaten setzen. Keineswegs klar ist, wen "das Ausland" unterstützt – auch in dieser Hinsicht dürfte es sehr unterschiedliche Positionen geben. Es sollte nicht übersehen werden, daß Länder wie China oder der Irak zu gewissen Hilfestellungen in der Lage sind und daß es innerhalb der westlichen Länder (evtl. innerhalb eines Landes!) verschiedene Präferenzen gibt. Schließlich kann gegenwärtig niemand voraussagen, wann und nach welchen Vorgaben die Wahlen stattfinden werden – bei einer Vereinigung Rußlands mit Belarus könnte es beispielsweise zur Wahl eines gemeinsamen Präsidenten durch die Volksvertretungen kommen.

Bernd Knabe

¹⁴ A. Kondaurova, GKI pošel vojnoj na FPG, in: Vek Nr. 50/1996; A. Sinickij, Auditoram ne razrešali vojti bez stuka, in: Kommersant Nr. 48/1996, S. 28f.

¹⁵ Argumenty i fakty Nr. 52/1996; Vek Nr. 44/1996.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>